

Kommentar

Die alten Obszönitäten sind zurück

Von Stefan Howald

Zwei Hauptschuldige wurden 2008 für die Finanzmarktkrise benannt: Die Investmentbanker und die Ratingagenturen. Die einen hatten sich mit komplizierten Schuldpapieren verspekuliert, und die anderen hatten diese Schundpapiere willig weissgewaschen.

Drei Jahre später ist alles vergessen. Die Ratingagentur Standard&Poor's setzt der US-Regierung Obama finanzpolitisch das Messer an die Gurgel und droht mit der Rückstufung der Kreditwürdigkeit der USA, und die Investmentbanker beraten Grossfirmen bei gewaltigen Übernahmen und Fusionen. Die Schweizer Medizinaltechnikfirma Synthes soll für 20 Milliarden Dollar an den US-Konzern Johnson&Johnson gehen, und Glencore will an der Börse 12 Milliarden holen, um sich andere Firmen zu kaufen.

Tja, Glencore. Das ist der weltweit grösste Rohstoffkonzern, mit Sitz in Baar. Wegen der hohen Rohstoffpreise wuchs der Umsatz letztes Jahr um 36 Prozent auf 145 Milliarden Dollar. Glencore ist damit weit vor Nestlé das grösste in der Schweiz angesiedelte Unternehmen.

Angesichts der neu ausgegebenen Aktien wird der Börsenwert von Glencore gegenwärtig auf 69 Milliarden Dollar geschätzt. Konzernchef Ivan Glasenberg spricht von «Feuerkraft», die man sich für Übernahmen verschaffen wolle, etwa um die Beteiligung am Zuger Rivalen Xstrata aufzustocken.

Glencore ist 1974 vom notorischen Marc Rich gegründet und 1993 ans Management verkauft worden. Gegenwärtig gehört die Firma 485 Partnern (darunter ein paar wenigen Partnerinnen). Mit dem Börsengang erhalten die pro Partner im Durchschnitt Anteile im Wert von 118 Millionen Dollar. Auch die Investmentbanker, darunter die CS, verdienen kräftig am Börsengang, den sie organisieren. Wir sind wieder bei den alten Obszönitäten.

Und wir sind wieder bei den alten Monopolpreisen und Steuerfragen. So hat die entwicklungspolitische NGO Erklärung von Bern (EvB) letzte Woche bei der OECD Klage gegen Glencore eingereicht. Vorgeworfen werden dem Konzern massive Buchhaltungstricks

in Sambia. So umgeht eine sambische Tochtergesellschaft trotz rekordhoher Kupferpreise mit aufgeblähten Verwaltungskosten alle Gewinnsteuern.

Der Casinokapitalismus ist schon wieder tüchtig in Schwung. Wir müssen ihm so viele Stecken wie möglich in die Speichen werfen.

Dieser Artikel erschien in der WOZ – Die Wochenzeitung Nr. 16/11 vom 21. April 2011.